



Markus Grübel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 227 71 973
Fax: +49 (0) 30 227 76 964
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Bahnhofstraße 27
73728 Esslingen a. N.
Tel.: +49 (0) 711 365 80 66
Fax: +49 (0) 711 365 80 70
E-Mail: markus.gruebel.wk@bundestag.de

**Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**
Stresemannstraße 94, Europahaus
10963 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 185 35 2681
Fax: +49 (0) 30 1810 535 2681
E-Mail: markus.gruebel@bmz.bund.de

Pressemitteilung

Grübel: Kretschmanns Ansage ist ein falsches Signal

Esslingen, 26.05.2020

Der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel sieht Kretschmanns Ansage, Corona sei jetzt alleinige Sache der Ministerpräsidenten und der Landkreise kritisch und erklärt hierzu:

Seit Wochen erklären Politiker aus Bund und Land wie wichtig ein einheitliches Vorgehen in der Corona-Krise ist. Das erhöht die Akzeptanz der Maßnahmen und damit den Erfolg. Bund und Länder sollten sich immer auf einheitliche Kriterien und entsprechende Maßnahmen einigen. Umfragen belegen, dass der Großteil der Bürger die bisherigen Maßnahmen befürwortet und der politischen Führung vertraut. Mit der Ansage Winfried Kretsch-



Markus Grübel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 227 71 973
Fax: +49 (0) 30 227 76 964
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Bahnhofstraße 27
73728 Esslingen a. N.
Tel.: +49 (0) 711 365 80 66
Fax: +49 (0) 711 365 80 70
E-Mail: markus.gruebel.wk@bundestag.de

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Stresemannstraße 94, Europahaus
10963 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 185 35 2681
Fax: +49 (0) 30 1810 535 2681
E-Mail: markus.gruebel@bmz.bund.de

manns wird dieses Prinzip über Bord geworfen. Ich respektiere die föderale Hoheit der Länder, aber in der Eindämmung einer Pandemie sollten der Bund und die Länder sich abstimmen. Das Vorpreschen einzelner Länderchefs führt zu einem Überbietungswettbewerb und die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der bisher getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen wird dadurch konterkariert. Es ist keinem Menschen plausibel zu erklären, warum etwas bei gleicher Infektionslage im benachbarten Bundesland oder Landkreis erlaubt sein soll, was im eigenen Bundesland oder Landkreis verboten ist.

Ganz besonders gilt das im grenzüberschreitenden Verkehr mit dem Ausland. Franzosen beispielsweise müssen drei Landesrechte kennen, je nachdem über welchen Grenzübergang sie nach Deutschland einreisen. Ich befürchte, dass wir mit einem solchen Vorgehen die bisherigen Erfolge gefährden und die Infektionszahlen wieder zunehmen werden.